

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

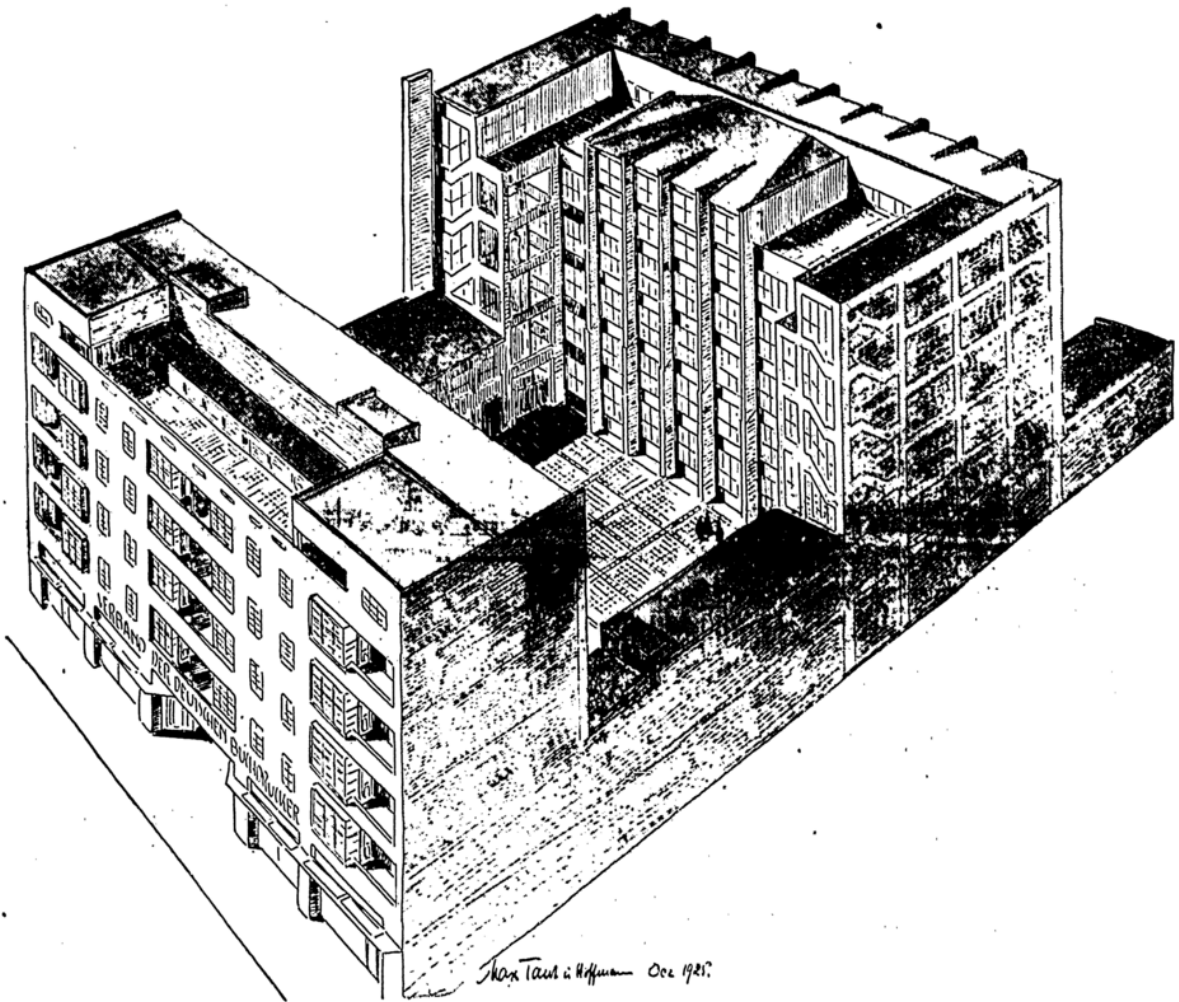
Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug + Das Einzel Exemplar 10 Pf. ohne Porto + Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend + Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61

64. Jahrgang

Berlin, den 6. Januar 1926

Nummer 1



Die neue Heimstätte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

Als markantes Wahrzeichen innerer Festigkeit und zielbewußten Vorwärtstrebens der bekanntesten und ältesten Gewerkschaft Deutschlands geht das hier abgebildete Verbandshaus als eines der interessantesten Gebäude der Neuzeit in einer Straßenfront von 40 Metern und 60 Metern Tiefe in der Dreilindstraße zu Berlin seiner Vollendung entgegen. Der große und ganz in starkem Eisenbeton aufgeführte Hinterbau stellt das eigentliche Verbandshaus dar. Im Erdgeschoß liegt der Druckmaschinenaal. Im ersten Stockwerk befindet sich der Segersaal in der Mitte, die Segmaschinenabteilung rechts, die Stereotypie links; für Faktor- und Korrektoren sind zweckmäßige Arbeitsräume im Segersaal abgegliedert. Im zweiten Stockwerk befinden sich die Geschäftszimmer des Bildungsverbandes, der Büchergilde, der Schriftleitungen der »Typographischen Mittelungen« und des »Graphischen Betriebes«. Im dritten Stockwerk sind die Geschäftsräume des Verbandsvorstandes. Im vierten Stockwerk ist ein großer

Konferenzsaal mit Nebenräumen in einer des Verbandes würdigen Ausstattung. Zwei einstöckige Seitenflügel verbinden das Vorderhaus (in dem in fünf Stockwerken 18 Mietwohnungen enthalten sind) mit dem Hintergebäude. Im ersten Stock des rechten Seitenflügels befinden sich Schriftleitung und Geschäftsstelle des »Korrespondent«, während in dessen Erdgeschoß das Druckereikontor Aufnahme findet. Der linke Seitenflügel enthält im Erdgeschoß Badeeinrichtungen und im ersten Stock Speise-, Aufenthaltsräume und Kleiderablagen für das Personal. Sämtliche Arbeitsräume sind hell und luftig, die Betriebsrichtungen dem neuesten Stand der Technik angepaßt. Nicht prunkhaft, aber kraftvoll aufwärts strebend erhebt sich das neue Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker als eine eigenartige Zierde seiner Umgebung, als kulturelles Zeugnis für die gewerkschaftliche Einigkeit der Jünger der schwarzen Kunst in allen Gauen Deutschlands. Möge sich das neue Heim als eine feste Burg erweisen in den Stürmen der Zeit!

Rückblick und Ausblick

Noch erkönen fast aus allen Räumen des neuen Verbandshauses vom Keller bis unter das Dach Hammerhämme und sonstige Klänge der Arbeit vieler Handwerker des Baugewerbes. Elektriker, Monteure, Tischler, Schlosser, Transportmänner kreuzen sich in bunter Reihenfolge in jeder Richtung und arbeiten mit Hochdruck an der Vollendung des neuen Heims. Und dennoch wird noch manche Woche, ja teilweise wohl noch mancher Monat verstreichen, ehe der stattdige Bau in allen Teilen seinem eigentlichen Zweck in vollem Umfange dienen kann. Aber unverkennbar ist der wichtige Eindruck, den das Ganze auf jeden Besucher heute schon macht. Zuversicht und Vertrauen auf die Zukunft löst schon das Äußere aus, wenn auch im Innern noch viele fleißige Hände tätig sein müssen, ehe man daran gehen kann, auch die Inneneinrichtungen der Kollegenchaft in Wort und Bild vor Augen zu führen. Der Verbandsvorstand hat die Hoffnung, dies mit dem Jahresbericht über das abgelaufene Jahr verbinden zu können.

Daß dieses stolze Werk in einer Zeit in Angriff genommen und ausgeführt werden konnte, in der die Folgen des Weltkrieges die ganze „bewährte“ Wirtschaftss- und Gesellschaftsordnung in ihren Grundfesten erschüttern und wohl oder übel gleichfalls zu einem gründlichen Umbau drängen, ist ein besonders deutlicher Beweis für die gesunde Lebenskraft und die aufbauende Tendenz unseres Verbandes. Während sich die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung in einer geradezu katastrophalen Krise befindet, die ihr einen unerträglichsten Reinigungsprozeß aufzwingt, erheben sich die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft zu neuem Leben und bilden mehr als je zuvor feste Bollwerke für alle ihre Mitglieder. Und so ist auch das neue Verbandshaus der deutschen Buchdrucker gewissermaßen ein Zeichen der Zeit, das alle Mitglieder unseres Verbandes im ganzen Reich mit Stolz erfüllen, zugleich aber auch deren Hoffnung auf eine bessere Zukunft stärken kann, und zwar trotz der gefährlichen sozialen und wirtschaftlichen Brandung, die auch uns Buchdrucker als kleiner Teil der heutigen Volks- oder Weltwirtschaft zuzugewandt und bedrückt.

Denn eine nähere Prüfung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstadien im Jahre 1925 sowohl in Deutschland wie auch im ganzen Getriebe der Weltwirtschaft zeigt uns, daß wir trotz alledem keine Ursache haben, mit Bangen in die Zukunft zu blicken. Mögen auch die Widersätze gegen eine vernünftige Umgestaltung der bisherigen und heutigen Wirtschaftsordnung in allen Kreisen ihrer besonderen Kugeln noch so groß sein, so werden diese doch nicht dazu ausreichen, die aus ihren eignen Gegenständen hervorwachsende Reformnotwendigkeit im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft zu verhindern. Um so weniger Erfolg wird jedoch den Herrschaften politischer wie wirtschaftlicher Oberverwaltungen sein, je geschlossener und vorsichtiger die organisierte Arbeiterschaft auf die Erzielung, Verteidigung und Erweiterung ihres sozialen und wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes hinarbeitet.

Mag auch vielen unserer Kollegen die Entwicklung viel zu langsam erscheinen, so dürfte doch bei ruhiger Überlegung und insbesondere eine objektive Prüfung des Ganges der Dinge speziell im Buchdruckgewerbe im vergangenen Jahre wie auch gegenwärtig beweisen, daß es nach einer ganzen Reihe von Glanzjahren wieder auf und vorwärts ging. Der schon im Jahre 1924 einsetzende gute Geschäftsgang begünstigte eine bessere Regelung der allgemeinen tariflichen Bestimmungen wie auch des Lohnsatzes. Die Leistungszulagen konnten durch persönliche Initiative für den größten Teil der Kollegenchaft erhöht werden. Der unter dem Druck der Inflation erschütterte Abschubentag konnte durch Abbau des Mehrstundenzulagens wieder seiner Verwirklichung näher gebracht werden, wodurch entgegengesetzte Hoffnungen und Bestrebungen auf Unternehmerseite bezüglich weiterer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit zu schanden wurden. Für die Maschinenfeher wurde gleichfalls eine weitere Annäherung an die Vorkriegsverhältnisse auf dem Lohngebiete erzielt; auch für die Berechner im Handhabe war es möglich, nicht unwesentliche Fortschritte zu erzielen. Die Verbesserung der Leistungsbestimmungen bezüglich Urlaub und Kostgeld, soweit sie zunächst noch im Manteltarif festgelegt sind, und mit oder ohne Reihenfolge von der Gehilfenchaft gegen jeden Verschlechterungsversuch auch in Zukunft entschieden verteidigt werden, sind gleichfalls

als sehr beachtenswerte Fortschritte der tariflichen Entwicklung im vergangenen Jahre zu beurteilen. Wenn allen diesen Fortschritten gegenüber auch einige Konzessionen an Unternehmerforderungen durch sogenannte Protokollnotizen zu einzelnen Paragraphen des Manteltarifs in Kauf genommen werden mußten, so handelt es sich hier doch in der Hauptsache nur um solche, die nur in Erstbesetzung treten, wenn die geschäftliche Lage eine besonders gute ist und infolgedessen keine fühlbare Benachteiligung der Gehilfenchaft eintreten kann. In der Praxis sind daher auch jene Fälle, wo die betreffenden Protokollnotizen sich auswirken konnten, nur sehr vereinzelt geblieben; sie dürften auch bei weiterer Verschlechterung der gewerblichen Lage noch mehr zurücktreten, weil es sich hier eben nur um Bestimmungen handelt, die bei stärkerem Mangel geleiteter Arbeitskräfte lediglich als Ausnahmen in Betracht kommen. Von besonderer Bedeutung war im vergangenen Jahre der große und schwere Streik im Schriftgießergewerbe. Dieser Kampf stellte an unsre Schriftgießergesellen die höchsten Anforderungen an gewerkschaftliche Disziplin und an die Opferwilligkeit der gesamten Kollegenchaft. Weber das eine noch das andre hat in diesem schweren Ringen gefehlt; und dennoch konnte kein befriedigender Abschluß erzielt werden. Der Druck des Zusammenhanges aller wirtschaftlichen Bedingungen zeigte sich auch bei dieser Bewegung als ein solcher, der im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung selbst die am besten organisierte Arbeiterschaft zur größten Vorsicht zwingt. Daß es den mit allen Mitteln der privatkapitalistischen Wirtschaft operierenden Schriftgießereibesshern trotzdem nicht gelungen ist, die Schriftgießereiarbeiterschaft niederzurängen, sondern der Kampf mit beiderseitigen Konzessionen und mit einer Lohnerhöhung von rund 10 Proz. zum Abschluß gebracht werden konnte, ist ohne Zweifel nur der zielbewußten Ausdauer der kämpfenden und der ihnen von ihren gewerkschaftlichen Organisationen zuteil gewordenen materiellen und ideellen Unterstützung zuzuschreiben. Zur Gestaltung der Dinge auf dem Lohngebiete sei hier nur nochmals darauf hingewiesen, daß von der Organisation alles getan wurde, was möglich war, um die Lebenshaltung der Kollegenchaft von der Lohnseite her zu erleichtern. Wenn auch der heutige Tariflohn noch weit entfernt davon ist, im Vergleich zu den tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung als befriedigend wirken zu können, so dürfte doch nicht zu übersehen sein, daß wir wieder an vielen Orten mit andern Arbeitergruppen gut Schritt halten. Und so bedauerlich es auch ist, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise bei den letzten Lohnverhandlungen weitere Fortschritte nicht zu erzielen waren, so wird doch die zeitige Verlängerung des Lohn- und Manteltarifs einer Festigung der gewerkschaftlichen Widerstandskraft der deutschen Buchdruckerarbeiterschaft dienen können, was je nachdem als eine Angelegenheit zu beurteilen wäre, die der Kollegenchaft trotz alledem von größerem Nutzen sein dürfte. Denn die Vergangenheit hat uns zur Genüge gelehrt, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und Verwicklungen gerade für unser Gewerbe von sehr eigenartiger Wirkung sind und besondere Beachtung erfordern. Dies zeigt am besten eine gedrängte Zusammenfassung der Wirtschaftslage des Deutschen Reiches im Jahre 1925.

In erster Linie trat z. B. die sogenannte Kapitalnot erst in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres fühlbarer in Erscheinung, da sie in der ersten Hälfte noch durch den Zufluß amerikanischer Anleihen verdeckt wurde. Dazu kam, daß die Inflation des Reiches der Wirtschaft große Summen entzog und dadurch die Kapitalnot verstärkte. Die Kapitalbildung bei den Sparkassen, Versicherungen und Banken machte zwar erhebliche Fortschritte, dennoch blieb die Summe der für langfristige Anleihen verfügbaren Kapitalien ziemlich gering. Diesem Umstand entsprach auf der andern Seite eine beträchtliche Geldfülligkeit für kurzfristige Gelder, da die erwünschten Kapitalien in der Regel nur für kurze Zeit ausgetauscht werden konnten. Die Kaufkraft der Bevölkerung blieb weiter gedrückt, wenn auch die im Laufe des Jahres andauernd erfolgten Lohnerhöhungen die Besserung der Absatzmöglichkeiten gefördert haben. In der letzten Zeit ist die Landwirtschaft ganz besonders unter der Schwächung ihrer Kaufkraft. Die Zinslast nach den Darlehen war im laufenden Jahre zwar erheblich geringer als 1924, blieb aber noch immer auf einer sehr beträchtlichen Höhe.

Das Konjunktur bild gestaltete sich diesen Tatsachen entsprechend. Der Produktionsumfang machte, für das ganze Jahr gerechnet, ohne Zweifel Fortschritte. Die Absatzmöglichkeiten haben sich in den ersten Monaten allerdings nur für den inländischen Konsum, später auch in der Ausfuhr etwas gebessert. Die starke Verschlechterung der Wirtschaftslage ist erst später eingetreten. Anfang des Jahres war die Konjunktur im allgemeinen noch gut, besonders auch für die Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie. Die bald eingetretene Kohlenkrise wurde durch die Krise der Kohlenwirtschaft der Welt noch außerordentlich verschärft. Die Eisen- und Stahlwerke, die in den ersten drei bis vier Monaten des Jahres voll beschäftigt waren, mußten bald zu Produktions einsparungen schreiten, die mit dem Fortgang des Jahres immer weiter erhöht werden mußten. Für das ganze Jahr gerechnet, war die Eisen- und Stahlproduktion, wie die Statistik zeigt, höher als im allgemeinen angenommen wurde, und überstieg erheblich die Vorjahreserzeugung. Seit dem Frühjahr sind jedoch die Ziffern anbauend im Sinken. Die Textilindustrie war in den drei ersten Quartalen des Jahres ziemlich gut beschäftigt, im vierten Quartal ist aber auch in dieser Industrie, wie auch in der Elektrizitätsindustrie, die sich sonst das ganze Jahr hindurch einer guten Konjunktur erfreute, ein nachteiliger Umschlag eingetreten. Dasselbe gilt für die Automobilindustrie, die während des Sommers noch sehr gut beschäftigt war. Die Paulule war im laufenden Jahre größer als im vergangenen; trotzdem hat die Bautätigkeit die erwünschte Höhe nicht erreicht. Die anfangs ziemlich günstige Lage der Maschinenindustrie hat sich während des Jahres fortlaufend verschlechtert. Verhältnismäßig gut beschäftigt waren die Textil-, chemische und Papierindustrie, dagegen herrschte eine starke Krise bei den Lokomotivfabriken — infolge mangelnder Bestellungen der Reichsbahn — und in der Textilindustrie durch die Weltkrise der Schiffahrt. Die Zahl der Konturle war sehr hoch und erreichte in den letzten Monaten des Jahres Rekordziffern. Als Zeichen der Depression ist auch der Sturz der Aktienkurse auf der Börse zu bezeichnen. Der Geldmarkt hat die Möglichkeit des Aktienkaufs und damit auch die Beschaffung von Betriebsmitteln durch Kapitalerhöhungen erschwert.

Die handelspolitische Lage Deutschlands hat sich nicht so günstig gestaltet, wie man das zu Beginn des Jahres gehofft hatte. Am 10. Januar hat Deutschland seine wirtschaftliche Freiheit wieder gewonnen, indem es von da an den Siegerländern keine einseitigen Begünstigungen mehr zu gewähren brauchte. Am 15. Juni hörten auch die aus dem Friedensvertrag bestehenden einseitigen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Polen auf. Diese Bewegungsfreiheit hätte aber erst dann einen wirklichen Gewinn bedeutet, wenn es gelungen wäre, mit den hauptbetätigten Ländern, Frankreich und Polen, zu günstigen Handelsverträgen zu gelangen. Indessen sind wir mit diesen Ländern in einem vertragslosen Zustand, ja mit Polen befinden wir uns sogar in einem Zollkrieg. Es gelang zwar, mit einigen andern Ländern Handelsverträge abzuschließen, wie mit Belgien, mit dem ein Provisorium zustande kam, mit Italien, mit welchem Anfang November anstelle des früheren Provisoriums ein Handelsvertrag geschlossen werden konnte, mit Rußland und mit Österreich. Die noch im vorigen Jahre abgeschlossenen Handelsverträge mit England und den Vereinigten Staaten sind im laufenden Jahr in Kraft getreten. Indessen sind diese Handelsverträge in der Mehrzahl wenig günstig. Die konservative Regierung Englands führte in der letzten Zeit Zölle für verschiedene wichtige Warengruppen ein, die besonders die deutsche Ausfuhr beeinträchtigen. Von Belgien war die Meistbegünstigung für wichtige Warengruppen nicht zu erlangen. Die von Italien gewährten Zugeständnisse für die deutsche Ausfuhr sind völlig unzureichend. Der mit Spanien geschlossene Handelsvertrag, der der deutschen Industrie einen wichtigen Absatzmarkt hätte sichern sollen, wurde auf Betreiben der Deutschnationalen Partei wegen der spanischen Weineinfuhr gekündigt. Nach kurzem Zollkrieg konnte später ein vorläufiges Abkommen getroffen werden, das jedoch die Aussichten der deutschen Industrieausfuhr gegenüber den Konturenzuländern sehr unzulänglich erscheinen läßt.

Es hat sich demnach gezeigt, daß die im laufenden Jahre von der Mehrheit des Reichstages angenommene kleine Zollnovelle als Verhandlungswaffe bei den Handelsvertragsverhandlungen nicht die

von der Regierung in Aussicht gestellten Dienste geleistet hat. Dagegen führte sie zur Verteuerung der inländischen Produktionskosten und des Verbrauchs. Die Reichsmehrschicht hat Getreide, Vieh- und Futtermittel eingeführt, ja die letzteren auch als Mindestpreise festgelegt. (Das Sinken der Getreidepreise ist auf rein weltwirtschaftliche Gründe zurückzuführen.)

Zur Förderung der Absatzfähigkeit im In- und Ausland wäre ein Preisabau unumgänglich notwendig gewesen. Die Regierungsmassnahmen zur Verbilligung der Preise konnte aber keinen Erfolg haben. Steuer- und Zollpolitik der Regierung selbst wirkten diesem Ziel entgegen. Die geplante Kontrolle der Kartelle wurde ungenügend und vor allem nicht in bezug auf die Kartelle der Schwerindustrie durchgeführt, dagegen boten die Hochschulgelder zu neuen Kartellbildungen und zur Befestigung der bestehenden einen willkommenen Anlaß.

Im Kartellwesen ist vor allem die Erneuerung des Rohstoffs auf fünf Jahre nach einem schweren Kampf zwischen den Hüttengehilfen und reinen Hütten und die Schaffung von einzelnen Kartellverbänden innerhalb des Stahlverbandes für die sogenannten A-Produkte hervorzuheben. (Halbzug, Obermaterial, Schienen usw.) Auch für die meisten B-Produkte (Röhren, Wandstahl, Feinblech) wurden Kartelle errichtet bzw. sind im Entstehen begriffen. Damit ist die Kartellierung der Eisen- und Stahlproduktion fast vollständig geworden. Kartelle wurden ferner u. a. in der Lokomotiv- und Glasindustrie errichtet.

Die geschichtlichen Schwierigkeiten der Geldbeschaffung führten zu schwerwiegenden Zusammenbrüchen vieler Großkongerne. Die Zahlungsunfähigkeit des Stinnes-Kongerns war für die ganze Volkswirtschaft ein schwerwiegendes Ereignis, das das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft auch im Ausland vielfach erschütterte hat. Neben dem Stinnes-Kongern gerieten eine ganze Anzahl anderer Großkongerne, wie Krupp, Stumm, Höppling, Giesche, Kahn, Siebel-Kongern usw. in Schwierigkeiten. Sie wurden von den Banken unter Beteiligung von öffentlichen Geldern saniert, wobei die veränderte Rolle der Banken gegenüber der Industrie, d. h. die Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Banken noch stärker zum Ausdruck kam. Auch die gesteigerte Bebauung der öffentlichen Anstalten bei der Verwertung der Wirtschaft mit Geldmitteln trat noch schärfer hervor. Diese Sanierungen führten auch vielfach zu einem Abbau bzw. Zerschlagung der notleidenden Kongerne. Die im Besitz des Deutschen Reichs befindlichen „Deutschen Werke“ wurden ebenfalls abgebaut.

Die großen Schwierigkeiten der Wirtschaft führten jedoch auch zu einer für die Zukunft sehr wichtigen Entwicklung, zur horizontalen Konzentration, d. h. Zusammenschluß gleichartiger Betriebe zum Zweck der Ersparnis von Verwaltungskosten, zur Senkung der Vorratshaltung usw. Neben den Zusammenbrüchen hat sich die Reinigungsstufe der Wirtschaft in dieser Bewegung am deutlichsten widerspiegelt. Eine große Anzahl wichtiger, horizontaler Zusammenschlüsse sind vorwiegend in der zweiten Hälfte des Jahres erfolgt, vor allem die Umgestaltung der Interessengemeinschaft in der chemischen Industrie in einen reinen Kartellverband, dann in der obersteilischen Montanindustrie, in der Elektrizitätsindustrie mit Beteiligung des Reiches und der Länder, in der Erdöl-, Maschinen-, Automobil-, keramischen, optischen Industrie, im Mühlenwesen, im Versicherungsgewerbe und in der Schiffahrt. Der geplante Riesen-Montantrust unter Teilnahme der größten Montankongerne Deutschlands, Thyssen, Höpning, Rhein-Eisen-Union, Rhein Stahl, konnte bis zum Schluß des Jahres nicht zustande kommen. Man kann jedoch mit der Errichtung für die nahe Zukunft rechnen. Zusammenschlüsse mit der ausländischen Industrie erfolgten in der Sprengstoff-, Kunstseiden-, Zigaretten- und Bündelholzindustrie. Bei den ersteren bedeuteten sie Erweiterung der deutschen Absatzmöglichkeiten, bei den letzteren nur eine Infolge der Kapitalnot erfolgte Überwindung.

Aber die Rückwirkungen dieser wirtschaftlichen Verschleibungen und Veränderungen auf die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Erfordernisse im vergangenen Jahre sind nähere Einzelheiten aus den nachfolgenden besonderen Artikeln zu ersehen. Hier wäre nur noch darauf hinzuweisen, daß trotz aller dieser Schwierigkeiten für die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften keine Notwendigkeit besteht, dem weiteren Verlauf der Dinge im neuen Jahre allzu pessimistisch entgegenzusehen. Denn in Wirklichkeit ist auch die gegenwärtige Krise nur die Folge der Weltwirtschaft des privatkapitalistischen Unternehmertums, in dessen Reihen die Krise wie ein natürlicher Re-

nigungsprozess wirkt. Namentlich jene Unternehmungen, die sich in den letzten Jahren zwischen Produzenten und Verbrauchern gehoben haben, werden sich auf die Dauer nicht mehr halten können. Und erfreulicherweise sind gerade im Buchdruckgewerbe diese Parasiten der Wirtschaft nicht so zahlreich wie in den meisten anderen Produktionszweigen oder Verkaufstreifen. Es ist daher in unserm Gewerbe auch höchst selten ein Konkurs zu verzeichnen. Aber auch sonst trifft die in Unternehmertum beliebte Phrase vom Überleben der Wirtschaft nicht zu. Überleben werden nur die faulen Unternehmungen, die bei einer besser organisierten Wirtschaft ihre Existenzmöglichkeit völlig einbüßen müssen. Dazu gehört aber weder das Buchdruckgewerbe noch das Zeitungsgewerbe. Es wird im Gegenteil damit zu rechnen sein, daß nach Ausmerzung vieler ungesunder Unternehmungen in anderen Produktionsgebieten, was sich zweifellos schon in den nächsten zwei bis drei Monaten vollziehen und zu einer Gesundung der Wirtschaft auf höherer Stufenleiter führen wird, auch das Buchdruckgewerbe wieder mit einer zahlungsfähigeren Kundschaft zu rechnen haben dürfte, wie überhaupt die im Gang befindliche Umorganisation der Wirtschaft sich nicht ohne spätere stärkere Inanspruchnahme der Erzeugnisse des Buchdruckgewerbes vollziehen wird. Es handelt sich daher für die Gewerkschaft in der Hauptsache darum, daß alle Kräfte dahin wirken, über diese kritische Zeit der Wirtschaftereinigung hinwegzukommen, ohne die Kraft unserer Organisation zu überspannen. Daher heißt es angefaßt der gegenwärtigen Krisenereignisse, die zweifellos auch für unser Gewerbe zunächst noch eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage bringen werden, alles vermeiden, was sowohl den einzelnen wie die Gesamtheit unserer Kollegen über ihre Kräfte hinaus in Anspruch nehmen würde. In diesem Sinne könnte man die gegenwärtige Situation mit einer beschwerlichen und gefährlichen Gebirgswanderung vergleichen. Hier heißt es kurztreten und einer bei dem anderen bleiben, damit keiner in Gefahr kommt. Nur so wird es uns gelingen, auch das Unternehmertum im Buchdruckgewerbe zu der Erkenntnis zu bringen, daß die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft im Produktionsprozess anders zu beurteilen ist als die Verwertung rein mechanischer Produktionsmittel. Denn die jetzige Krise ist nur eine Folge der einseitig materialistischen Beurteilung der menschlichen Arbeitskraft von Unternehmern. Alle Wirtschaftspraktiken sind Parolen, die nicht davon ausgehen, daß es sich hier um eine kulturelle Angelegenheit und nicht um mechanische Rechenexempel handelt, werden immer wieder in die Sackgasse wirtschaftlicher Krisen führen. Wir bezweifeln zwar sehr stark, daß das deutsche Unternehmertum diese Wahrheit erkennen wird. Es wird im allgemeinen versuchen, in den bisherigen ausgetretenen Pfaden seiner Profitwirtschaft weiterzuwurzeln. Daß es damit zu besseren Resultaten als bisher kommen wird, dürfte jedoch nicht minder stark zu bezweifeln sein. Denn auf diesen Wegen wird ihm gerade jener Teil der Arbeiterschaft nicht folgen, der die Ursachen des heutigen Wirtschaftselends richtig erkannt hat, und das sind in erster Linie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Und die Tatsache, daß z. B. schon für diese erste Nummer des „Korr.“ im Zeichen des bedingten Obligatoriums über 10 000 Besteller mehr als bisher zu verzeichnen sind, beweist, daß besonders die deutschen Buchdrucker wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, um in allen sie näher berührenden Zeit- und Streitfragen im Bilde zu sein.

Wir verzichten daher auch darauf, unsern diesmaligen Mit- und Ausblick noch mit einem Ausflug auf allgemeine politische Gesichtspunkte zu verbinden. Denn so laut auch Klagen und Jubel über dieses und jenes politische Ereignis im vergangenen Jahre wie überhaupt in der Vergangenheit gewesen sein mögen, die eigentliche Wurzel aller Erscheinungen war doch immer nur der vom menschlichen Willen getragene oder gehemmte Kampf ums Dasein. Man mag das Wesen und Treiben ganzer Völker oder einzelner Menschen näher ins Auge fassen, immer wieder wird man finden, daß Erfolg oder Mißlingen zum größten Teil davon abhängt, ob Zerplitterung oder zielbewusste Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte die Wegwieser waren. In diesem Sinne beurteilen wir auch alle Erfahrungen der Vergangenheit im allgemeinen wie innerhalb unseres Verbandes nur als Wegweiser für die Zukunft, und zwar in der Hoffnung, daß es uns gelingen möge, in der nunmehr an den Sitz des Verbandes verlegten geistigen Waffenschmiede unserer sturmgeprobten Gewerkschaft besser noch als bisher dafür wirken zu können, daß Einheit und Recht und Freiheit in unserm Vaterlande wie im Reich der schwarzen Kunst endlich Wirklichkeit werden!

Die Krise

Bei den Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum über die Ursachen und die Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise lassen sich klar die allgemeinen Auffassungen herausarbeiten, von denen aus jede dieser beiden, das wirtschaftliche Leben bestimmenden Gruppen die Lage betrachtet.

Auf der Seite der Unternehmer wird in allen Variationen der Gebante vertreten, nur „Arbeit“ kann uns retten. Dabei wird dann als nähere Erläuterung zu diesem weit dehnbaren Begriff gesagt, diese Arbeit müsse sich in erhöhter Produktion bei allerdings verringerten Selbstkosten auswirken. Da aber auch mit dieser Begriffsbestimmung nicht deutlich genug ausgedrückt ist, wie die kapitalistischen Wirtschafts„führer“ dieses Ziel der erhöhten Produktion bei vermindertem Selbstkostenpreis erreichen wollen, wird dann endlich gesagt, nicht gesteigerte Beschäftigung und Typisierung unter weitestgehender Zerlegung des Produktionsprozesses sei das allein Entschcheidende zur Erreichung des Zieles, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, im freien Wettbewerb mit den anderen Industrieländern, wiederzuerlangen, sondern in erster Linie müsse eine Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft herbeigeführt werden. Dies könne nur erreicht werden durch längere Arbeitszeit bei verringerten Löhnen.

Demgegenüber vertritt die Arbeiterschaft den Standpunkt, zu einer Steigerung der Produktion sei die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft die wichtigste Voraussetzung. Eine Senkung der Löhne bei verlängerter Arbeitszeit führe aber keine erhöhte Arbeitsleistung herbei, bedeute daher praktisch auch keine Senkung der Selbstkosten. Im Gegenteil wird durch verringertes Einkommen nicht nur die Arbeitsamkeit gesteigert und die Arbeitskraft geschwächt, sondern namentlich auch die auf sich viel zu geringe Kaufkraft der breiten Massen noch weiter herabgedrückt, wodurch eine noch stärkere Verengung des inneren Absatzmarktes herbeigeführt wird. Soll eine Belebung der Produktion eintreten, so muß in erster Linie die Kaufkraft der Masse gestärkt werden, damit der riesenhafte Bedarf der durch Kriegsgnot und Inflationseraub leergebliebenen Haushaltungen wenigstens in den bindendsten Fällen gedeckt und so eine Hebung des inneren Marktes und damit Hand in Hand eine Produktionssteigerung erzielt wird, was gleichzeitig die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten bedeutet.

Diesen Auffassungen gegenüber, vorwiegend das Unternehmertum darauf hin, daß eine solche Belastung für die Betriebe untragbar sei, denn schon häuften sich Konkurse und Zahlungsunfertigkeiten in beachtlicher Weise, und würde man den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung tragen, so würden diese Vorkänge sich verschärfen, deren Kosten letzten Endes die Arbeitnehmer zu bezahlen hätten. Gleichzeitig wird auf die Belastung durch Steuern und soziale Abgaben hingewiesen, die eine Höhe erreicht haben, wie sie keine andere Industrie in den Konkurrenzländern zu tragen hat, was übrigens durchaus nicht zutrifft.

Es muß immer wieder von Arbeiterschaft und mit allem Nachdruck betont werden, daß die deutsche Unternehmerschaft kein Recht hat, ihre Voraussetzungen über die Entwicklung der Wirtschaft als unantastbar zu bezeichnen. Die Dinge, die hinter uns liegen, haben so häufig die Unhaltbarkeit ihrer Auffassungen bewiesen, daß schon gestattet sein muß, wenn die Arbeiter ihre eigene Auffassung über die Verhältnisse in der Wirtschaft haben.

Die Lohnfrage steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmer und Arbeiter und wird es so lange bleiben, wie der von den Unternehmern verbanden bedrohte Angriff auf den Lohn sich auswirkt. Man soll aber dann ehrlich sein und offen sagen, daß man den gegenwärtigen Zeitpunkt als den günstigsten betrachtet, den Einfluß der Arbeiterschaft so weit als möglich auszudrücken, daß sich die deutsche Unternehmerschaft nicht freimachen kann von jenen Vorstellungen, die in der Vorkriegszeit die herrschenden in ihren Köpfen waren. Statt dessen sucht man den Arbeitern mit allem möglichen sogenannten volkswirtschaftlichen Erwägungen beizubringen zu machen, daß alle Maßnahmen, die durchgeführt oder geplant werden, nur scheinbar gegen sie gerichtet sind, in Wirklichkeit aber lediglich der Bekämpfung der Krise dienen. Wenn dabei so alte Lebensalter volkswirtschaftlicher „Erkenntnis“ so aufgewertet werden, wie die, daß ohne Steigerung der Gütererzeugung Lohnerhöhungen schädlich zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen, und daß nur die Arbeitergruppe einen Vorteil von einer Lohnerhöhung hat, die als erste eine solche durchführt, während alle weiteren Lohnerhöhungen ausgeglichen werden durch das Zurückgehen des Preises und Lohn, ist kein Wunder. Auch die Frage des mangelnden Betriebskapitals wird als entscheidend in die Aussprache mit hineingeworfen.

Von den Gewerkschaften ist bisher mit aller Entschiedenheit darauf verwiesen worden, daß eine Steigerung der Gütererzeugung bringende Notwendigkeit zur Belebung der deutschen Wirtschaft sei. Wogegen sich die organisierte Arbeiterschaft aber ebenfalls entschieden wehrt, ist, daß diese Produktionssteigerung aus ihren Knochen herausgeschunden werden soll. Auch in der Frage des Verhältnis zwischen Preis und Lohn haben die Gewerkschaften so reiche Erfahrungen gesammelt, daß es möglich ist, ihnen volkswirtschaftliche Vorlesungen für Anfänger darüber zu halten. Zu dem Kapitel „Betriebskapital“ wird ja von den Unternehmern selbst gesagt, es sei während der Kriegs- und Inflationszeit in falsche Bahnen gelenkt worden, was doch wiederum ein Beweis für mangelnde volkswirtschaftliche Voraussetzungen ist.

Gewiß ist in der Vorkriegszeit das flüssige Betriebskapital zum großen Teil aus den Spareinlagen ge-
 floßen. Wenn sich heute kein Spartkapital bilden kann,
 um den Betrieben neues Blut zuzuführen, so liegt das
 lediglich an dem zu niedrigen Einkommen der arbeiten-
 den Schichten unseres Volkes. Und es zeigt sich der ganze
 Egoismus privatkapitalistischer Denkwiese, wenn gesagt
 wird, volkswirtschaftlich sei es richtiger, neues Kapital
 bilde sich bei den Unternehmungen, als wenn die Neu-
 bildung erst auf dem Umwege über höhere Löhne als
 Spartkapital erzeugt wird. Eine solche Betrachtungs-
 weise ist überhaupt nicht volkswirtschaftlich, sondern
 privatwirtschaftlich im höchsten Maße. Denn will
 man wirklich volkswirtschaftlich handeln, muß man auch
 die kulturelle Sehung des Volksganges im Auge haben.
 Diese läßt sich aber auf dem Wege des Lohnendrucks nicht
 herbeiführen.

Welche Wege das Unternehmertum gehen will, um
 die Krise erfolgreich zu bekämpfen, geht aus der Denk-
 schrift des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“
 hervor. In der Tagespresse ist zu dieser Denkschrift in
 eingehender Weise Stellung genommen worden, und es
 versteht sich von selbst, daß die gesamte Unternehmern-
 presse die Sätze dieses wirtschaftlichen Programms als
 der Weisheit letzten Schluß betrachtet. Die kritischen Be-
 trachtungen der Arbeiterpresse haben aber ergeben, daß
 in der ganzen Denkschrift kein neuer Gedanke enthalten
 ist. Alles, was dort angeführt wird, befiehlt schon stets
 den Vorkriegsstand des deutschen Unternehmertums.
 Den Ländern und Gemeinden wird weitgehende Spar-
 samkeit gepredigt, mit keinem Wort wird aber von dem
 überflüssigen Verwaltungsapparat in Industrie und Han-
 del gesprochen. Man denkt gar nicht daran, die unpro-
 ductive Erwerbslosenfürsorge in den höheren Verwal-
 tungsstellen abzubauen, ebenso wie man nicht daran
 denkt, die Reichsgefängnisse in den leitenden Stellen zu
 ermäßigen, wodurch schon bedeutende Ersparnisse erzielt
 werden könnten. Mit keinem Wort wird von der Anzahl
 der Kartelle und deren verderblicher Preispolitik ge-
 redet, um so mehr dagegen von den steuerlichen Be-
 lastungen und den Soziallasten. Bei der Frage des
 Lohnes und der Arbeitszeit hält man sich an das, was
 aus Unternehmertum uns seit langem bekannt ist.

Wenn sich die Denkschrift äußerlich auch an alle
 Volksschichten wendet, für die Arbeiterklasse ergibt sich
 nur daraus eines. Nicht die Interessen der Gesamtheit des
 Volkes kommen in ihr zum Ausdruck, sondern die
 Wünsche der Privatwirtschaft, die man mit dem Wän-
 tchen der Interessenvertretung für das Volksganze um-
 kleidet hat. Bei allem, was gegenwärtig im Unter-
 nehmerlager vor sich geht, kann es für die Arbeiterklasse
 keinen Zweifel geben; die Sanierung der deutschen
 Wirtschaft, die Behebung der Krise soll nicht ihr,
 sondern gegen sie durchgeführt werden. Die Zeichen
 stehen auf Sturm, die Arbeiterklasse muß
 wachsam sein!

Berlin - Steglitz. Georg Pötsch.

Arbeitsrechtliche Kardinalpunkte

Das Jahr 1925 hat besondere gesetzliche Änderungen
 auf arbeitsrechtlichem Gebiete nicht gebracht. Die Vor-
 arbeiten für das neue Arbeitsrecht sind noch immer
 nicht so weit gediehen, daß man in absehbarer Zeit
 ihrem Abschluß entgegensehen könnte. Nach wie vor sind
 Kräfte tätig, die nicht nur die Weiterentwicklung des
 Arbeitsrechts erschweren, sondern auch auf die Beseiti-
 gung der bisher durch die zähe Arbeit der Gewerks-
 schaften erzielten Erfolge die Zurückwerfung der Ar-
 beiterklasse in die Zeiten eines rückständigen Unter-
 nehmerabsolutismus hinführen. Aber die politischen
 und wirtschaftlichen Folgen, die daraus hervorgehen
 würden, lassen sich die Urheber dieser Bestrebungen
 keine grauen Haare wachsen. Um so mehr besteht für
 die Arbeiterklasse sowie für alle andern Schichten des
 deutschen Volkes, denen die Zurückdrängung einer frei-
 heitlichen und sozialen Entwicklung nicht gleichgültig
 sein kann, Veranlassung, diesen kurzfristigen, enge-
 rgerigen, lediglich von dem materiellen Vorteil kapitali-
 stischer Gruppen diktierten Bestrebungen nachdrück-
 lich entgegenzutreten. Das Arbeitsrecht ist Sache aller,
 die auf die Bewertung ihrer Arbeitskraft angewiesen
 sind, also der überwiegenden Mehrzahl des Volkes. Es ist
 im weitestem Sinne Volksrecht, von dessen Gestaltung
 das Wohl der Gesamtheit, die Erhaltung von Gesund-
 heit und Volkskraft, das Schicksal von Volk und Staat
 abhängt.

In dem Kampfe um das neue Arbeitsrecht steht für
 die Gewerkschaften die Erhaltung und Förderung des
 Tarifgedankens im Vordergrund. Von den Unter-
 nehmern wird das Gegenteil verfolgt. Ihre Vor-
 stöße sind darauf gerichtet, ihn zu beseitigen, mindestens ab-
 zuschwächen, an die Stelle des kollektiven Arbeitsver-
 trags den individuellen, den sogenannten freien Ar-
 beitsvertrag zu setzen. Allenfalls wollen sie sich mit
 der Werkvereinbarung begnügen, von der sie erwar-
 ten, damit die Arbeiter in die alte Notwendigkeit und
 Abhängigkeit zurückdrängen zu können. Bei dem heu-
 tigen Stande der Gewerkschaftsbewegung verpricht
 diese Absicht selbst in dem für die Unternehmer
 günstigsten Falle wenig Erfolg, denn starke Gewerks-
 schaften würden auch mit den Werkgemeinschaften
 fertig werden. Das darf jedoch für die Arbeiter kein
 Grund sein, die auf Schaffung von Werkgemeinschaften
 und Werkvereinbarungen gerichteten Absichten des
 Unternehmertums als gegenstandslos und unerfüllbar
 zu betrachten. Sie könnten sonst leicht sehr unangenehme
 Überraschungen erleben. Die einheitliche Regelung der
 Lohn- und Arbeitsbedingungen für die einzelnen Berufe
 und Wirtschaftszweige muß aufrecht erhalten blei-
 ben, dem Tarifgedanken daher die weiteste Verbrei-
 tung gegeben werden, wenn sich das kollektive Arbeits-

recht reiflos durchsetzen soll. Dazu ist es erforderlich,
 daß die dem Reiche durch Artikel 157 der Reichsver-
 fassung gestellte Aufgabe, die Schaffung eines einheit-
 lichen Arbeitsrechts, zur endlichen Durchführung ge-
 bracht, das Tarifrecht auf der Grundlage der vorliegen-
 den Erfahrungen gesetzlich einwandfrei geregelt wird.

Von nicht geringerer Bedeutung ist die Schaffung
 eines Allgemeinen Arbeitsvertragsgesetzes, für das
 schon seit 1923 ein Entwurf vorliegt, sowie die Er-
 lebigung des vor kurzem veröffentlichten Entwurfs
 eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Es ist Zeit, daß man aus
 dem Stande der Vorbereitungen zu einer Regelung des
 Arbeitsrechts und dem damit verbundenen Provi-
 sorium endlich herauskommt, die Arbeiter einen klaren
 Überblick über die Rechtsgrundlagen gewinnen, die für
 das Arbeitsverhältnis maßgebend sind. Es liegt kein
 fristiger Grund vor, die Regelung dieser Fragen noch
 weiter zu verzögern, den gegenwärtig bestehenden un-
 befriedigenden Zustand der Unsicherheit und Unüber-
 sichtigkeit noch länger aufrecht zu erhalten. In enger
 Verbindung mit dem Arbeitsgerichtsgezet steht die
 nach dem Entwurf hierzu in Aussicht gestellte Partei-
 fähigkeit der Gewerkschaften in allen arbeitsrechtlichen
 Streitigkeiten. Bis jetzt stand den Gewerkschaften eine
 Rechtsfähigkeit nicht zur Seite. Das Bürgerliche Gesetzbuch
 gibt ihnen zwar die Möglichkeit, diese Rechts-
 fähigkeit auf dem Wege der Eintragung in das Ver-
 einsregister zu erlangen. Von diesem Recht wurde je-
 doch aus politischen und rechtlichen Gründen im all-
 gemeinen kein Gebrauch gemacht. Die Verhältnisse ha-
 ben sich geändert, die Gewerkschaften zu politischen und
 wirtschaftlichen Faktoren von größter Bedeutung ent-
 wickelt. Damit macht sich der Mangel der Rechtsfähigkeit
 stärker als früher bemerkbar und ist der Zustand, daß
 sie wohl verlagert werden, aber nicht selbst klagen kön-
 nen, auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Eine
 beschränkte Rechtsfähigkeit steht ihnen bereits zu. Ge-
 mäß Artikel 165 der Reichsverfassung besitzen sie die
 unmittelbare Verhandlungsfähigkeit. Desgleichen sind
 sie nach § 1 der Tarifordnung vom 23. Dezember 1918
 tariffähig, und im Schlichtungsverfahren steht ihnen
 nach § 3 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober
 1923 sogar die Parteifähigkeit zu. Nur in bürgerlichen
 und Arbeitsstreitigkeiten ist ihnen diese noch verlagert.
 Wird den Gewerkschaften durch das Arbeitsgerichts-
 gesetz die Parteifähigkeit in arbeitsrechtlichen Streitig-
 keiten ausgedehnt, dann liegt es nahe, diese auch nach
 der Seite des bürgerlichen Rechts auszubehnen.

Das Reichsgericht hat durch das bekannte, auch von
 uns kritisierte Urteil vom 2. Juli 1925 unter Bezug-
 nahme auf Artikel 159 der Reichsverfassung den § 152
 Absatz 2 der Gewerbeordnung für aufgehoben erklärt.
 Die Begründung des Urteils ging bekanntlich dahin,
 daß die Vereinigungsfreiheit im Sinne der Verfassung
 nicht nur ein Recht des einzelnen sei, sondern auch den
 Schutz des Rechts auf Zusammenschluß in sich begreife,
 also die weitere Befugnis, diese wirksam auszuge-
 üben und zu rechtlicher Geltung zu bringen. Die
 Arbeitsverbände haben diese veränderte Rechts-
 lage sofort für ihre Zwecke benützt, um durch Straf-
 fesslungen die unbotmäßigen Unternehmer in ihre
 Abhängigkeit zu zwingen. Diese zu verstärken, werden
 auch die Unterverbände der Unternehmerorganisationen
 verpflichtet, die Rechtsfähigkeit zu erwerben, die sie
 in den Stand setzt, gegen widerhaarige Mitglieder ver-
 fügte Geldstrafen zu bezutreiben. Während so dem Unter-
 nehmer durch das genannte Urteil der uneingeschränkte
 Koalitionszwang aufgehoben ist, wird er den
 Arbeitern verlagert. Wiederholt sind in letzter Zeit Be-
 triebstrastmitglieder und Arbeiter angeklagt und verur-
 teilt worden, weil sie Inorganisierte zum Beitritt
 in die Gewerkschaft zu veranlassen suchten, sich weigerten,
 mit Inorganisierten zusammen zu arbeiten, deren
 Entlassung forderten oder dem Arbeitgeber im Falle
 der Nichtentlassung den Streit androhten. Den Arbeit-
 geberverbänden geschieht man also das Recht zu, Unter-
 nehmer, die gegen die Klassenolidarität verstoßen, zu
 ächten, durch Materialsperrn, Boykott, Preisunter-
 bietung und Strafen ihre Existenz zu vernichten. Von
 den Arbeitern und Betriebsräten dagegen fordert
 man, daß sie die Vereinigungsfreiheit der Inorganisierten
 schüzen, ihnen uneingeschränkt die Vorteile ein-
 räumen sollen, die von der organisierten Arbeiterklasse
 unter oft schwersten Kämpfen erungen worden sind!

Das ist ein unmöglicher Zustand, der dem Rechts-
 empfinden der Arbeiterklasse auf das schärfste wider-
 spricht! Ist, wie das Reichsgerichtsurteil ausspricht, die
 in der Verfassung festgelegte Vereinigungsfreiheit als
 Schutz der Vereinigungen und ihrer Mitglieder ge-
 dacht, so muß das für beide Teile — Arbeitgeber
 und Arbeitnehmerverbände — gelten. Haben die Ar-
 beitsgeberverbände das Recht, gegen Außenseiter
 Zwangsmittel anzuwenden, so muß dieses Recht auch
 den Arbeitern zustehen. Sie müssen berechtigt sein, die
 Entlassung von Inorganisierten vom Unternehmer zu
 fordern, mit denen von gewerkschaftlichen Standpunkte
 aus ein Zusammenarbeiten nicht möglich ist. Und es
 ist eine unbillige Zumutung, von den Betriebsräten
 als Funktionäre ihrer Gewerkschaft zu verlangen, daß
 sie für ihre Bestrebungen abschneden, ihnen sogar ent-
 gegenhandelnde Elemente vom Unternehmer Vorteile
 herauszuholen. Wenn die organisierten Arbeiter die Zu-
 sammenarbeit mit Inorganisierten weigern, so ist
 das ihr gutes Recht und handelt sie nur in Wahrung
 ihrer berechtigten Interessen, was weder gegen die be-
 stehende Rechtsordnung noch gegen die guten Sitten
 verstoßen kann, sofern nicht besondere erschwerende Um-
 stände zu einer andern Auffassung berechtigen. Diesem
 Zwecke muß auch die Weiterentwicklung des Arbeits-
 rechts zur vollen Gleichstellung der Arbeiter mit den
 Unternehmern dienen, die eine der unerlässlichen Vor-
 aussetzungen für die Demokratisierung der Wirtschaft ist.

M a t t u t a t.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Die sozialpolitische Ausbeute des Jahres 1925

Unter rückschauenden Betrachtung der sozialpoliti-
 schen Ergebnisse möchten wir eine Erklärung des Begriffs
 „Sozialpolitik“ voranzustellen, wie sie im „Handbuch
 des Wissens“ von Brockhaus gegeben ist. Dort heißt es:
 „Sozialpolitik, Teil der Wirtschafts- und Gesellschafts-
 politik. Die Sozialpolitik soll unter Berücksichtigung
 sozialer Grundgesetze durch gesetzliche Eingriffe, Organi-
 sation der Selbsthilfe und Unterstützung durch öffent-
 liche Körperschaften, durch Steuerpolitik, Arbeiterchutz-
 gesetzgebung, innere Kolonisation, Siedlungspolitik
 u. a. die infolge der wirtschaftlichen Entwicklung ein-
 zelnen Klassen der Bevölkerung drohenden Nachteile
 auszugleichen suchen, um dadurch eine Trennung der
 Klassen durch ihre verschiedene wirtschaftliche Stellung
 zu verhindern und die Einheit der Gesellschaft zu er-
 halten. Vorzugsweise soll die Einkommensbildung der
 unteren Klassen auf eine Stufe gestellt werden, die den
 zeitgemäßen wirtschaftlichen Grundlagen entspricht.“

Bergegenwärtigen wir uns diese großen Aufgaben
 einer gebundenen Sozialpolitik und stellen wir dazu in
 Vergleich, was uns das Jahr 1925 gebracht hat, so
 kann die zu erzielende Note nur auf „Unzulänglich-
 lauten. Weder auf wirtschaftlichem noch auf steuerlichem
 Gebiete, noch auf dem Gebiete der Arbeiterchutzgesetz-
 gebung im engeren Sinne sind diejenigen Maßnahmen
 ergriffen worden, die nach unserer Auffassung not-
 wendig sind, „um die infolge der wirtschaftlichen
 Entwicklung einzelnen Klassen der Bevölkerung drohen-
 den Nachteile auszugleichen“, und vor allem ist nichts
 getan, „um die Einkommensbildung der unteren Klas-
 sen auf eine Stufe zu stellen, die den zeitgemäßen wirt-
 schaftlichen Grundlagen entspricht.“

Zu wundern brauchen wir uns über die mageren
 Ergebnisse sozialpolitischer Natur absolut nicht. Als
 Folge der Wahlen im Dezember 1924 wurde uns die
 Bürgerblockregierung besetzt, in der die Deutschnationalen
 den entscheidenden Einfluß besaßen. Die rechts-
 stehenden Kreise, die nun endlich die heisererhnten
 Ministersejtel von ihren Gesinnungsgenossen besetzen
 lassen konnten, hatten Vortragsrecht zu tun, als durch-
 greifende Sozialpolitik zu machen. Diese Kreise ver-
 langten und erwarteten die Durchführung einer Politik,
 die ihren speziellen Interessen in wirtschaftlicher, steuer-
 licher und auch sozialpolitischer Natur weitgehend Rech-
 nung trug. Die ihr ergebene bürgerliche Presse ver-
 stand es nach gegebenen Richtlinien, dem gebildigten
 Lesepublikum in beweglichen Tönen klarzumachen,
 wie grenzenlos die Notlage der Agrarier, der In-
 dustriellen und der Handwerksmeister sei, und dem ver-
 einzelt den Druck folgten dann schließlich die entsprechen-
 den gesetzgeberischen Auswirkungen.

Wir bekamen die großen Steuergesetze mit ihren
 schonen Bestimmungen für die „Wirtschaft“, wir
 erhielten, die „Zollvorsätze“, die: einseitig, bestimmten
 Wirtschaftskreisen unpedierte Gewinne aufzählte, wir
 erlebten den großen Wut der Steuerer um die durch die
 Aufwertungsgeetze und beobachteten, wie dieselben
 Kreise, die nicht genug Vorteile für sich vom Vater
 Staat ergattern konnten, aufs äußerste ungeduldet
 waren, wenn es sich um Maßnahmen zur Milderung
 der Notlage der beschlossenen Bevölkerungsschichten han-
 delte. Die amtliche Lohnpolitik war ganz einseitig ein-
 gestellt auf den Schutz der Wirtschaft (lies: Unter-
 nehmerium), mit allen Mitteln wurde einer weiteren
 Senkung der Kaufkraft der Massen durch Lohn-
 erhöhungen entgegen gearbeitet. Die Schlichtungs-
 instanzen arbeiteten „vorsichtig“ im von den der-
 zeitigen Nachhabern gemäßigten Sinne. Die be-
 zürktem Akteure des Unternehmerführers Dr.
 Meißinger geben uns einen drastischen Beweis der
 Verbundenheit zwischen Regierung und Unternehmern.
 In der Frage der Arbeiterchutzgesetzgebung im
 weitesten Sinne hörten wir in den lautesten Tönen
 den Ruf nach Abbau der sozialen Lasten. Um die nötige
 Stimmung dafür zu machen, schaute man in Unter-
 nehmerkreisen nicht vor der Verbreitung falscher Zah-
 len über die Befastigung zurück, so daß selbst das Reichs-
 arbeitsministerium sich zur Richtigstellung dieser Tre-
 führung der öffentlichen Meinung gezwungen sah. Es
 wurde mit Befastigungszielen von 4,3 Milliarden Mark
 operiert, amtlich nachgewiesen wurden für 1924 =
 2,026 Milliarden und für 1925 2,343 Milliarden, gegen
 1,431 Milliarden im Jahre 1913.

Ein Herr Dr. Pfatshof (Röln), der die 4,3 Milliarden
 „errechnete“, brachte im Juni 1925 eine neue Be-
 lastungsrechnung ans Tageslicht, die an „Richtigkeit“
 nicht hinter der ersten Aufmachung zurückblieb. Aller-
 dings kam der Herr Doktor diesmal nicht auf 4,3 Mil-
 liarden, sondern nur auf 2,8. Ministerialdirektor Griese
 trat auch dieses Mal dem Rechenkünster entgegen und
 bemerkte, „daß arithmetisch das Rechenzettel richtig
 ist, in der Voraussetzung aber falsch und in der Wirkung
 verhängnisvoll.“ Herr Dr. P. hatte, um die beachtliche
 Wirkung zu erzielen, seiner Berechnung 18 Millionen
 Arbeiter zugrunde gelegt, sie aber sämtlich zu 3000
 Arbeitern gekloppt. Dabei weiß jeder halbwegs Ein-
 geweihte, daß während der Arbeitsunfähigkeit und Ar-
 beitslosigkeit keine Beiträge zur Krankenversicherung
 und Invalidenversicherung gezahlt werden. Die Ver-
 sicherungsmathematik rechnet a. V. in der Invaliden-
 versicherung auf gewöhnliche Verhältnisse mit 40 Bei-
 tragswochen auf den Versicherten und Jahr. Griese er-
 weicht, daß diesen Erwartungen das Jahr 1924 nicht ent-
 sprechen habe, sondern nur 37 1/2 Beschäftigungswochen
 auf den Versicherten entfielen.

Griese schreibt dem Herrn Generaldirektor Dr. Pfatshof
 dann folgendes ins Stammbuch: „In seiner Ab-
 handlung 'Reform der Sozialversicherung' (Berliner
 Börsenzeitung vom 21. Oktober 1924) hat Dr. Pfatshof

Aus dem Entwicklungsgang des Jahres 1925 kann jedenfalls die Konjunktionschwäche Bewegung Deutschlands die frühe Hoffnung ins neue Jahr hinübernehmen, daß es in diesem mehr noch als im alten wieder aufwärts und vorwärts geht.

Und dies in um so höherem Maße und rascherem Tempo, als die Gewerkschaftsmitglieder der Parole des Breslauer Gewerkschafts Kongresses mit der Tat folgen: die Wirtschaftsdemokratie zum Endziel ihrer wirtschaftspolitischen Bestrebungen zu machen. Und wenn, wie es vorgelesen ist, im neugebauten Berliner Verbandshaus der deutschen Buchdrucker eine Wartenverteilungsstelle der größten Konjunktionschwäche Deutschlands ein schönes Heim finden wird, so mag dies als ein kameradschaftliches Symbol dafür gelten, daß Gewerkschaften und Genossenchaften, wenn auch auf verschiedenen Wegen, so doch einem gemeinschaftlichen Ziel, dem einer besseren wirtschaftlichen Zukunft zustreben.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Seit dem 9. Februar 1925 waren die Unterstützungsätze unverändert geblieben. Man kann sich daher ein Bild davon machen, in welches Elend insbesondere die langfristigen Erwerbslosen geraten mußten. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit liegt in erschreckendem Maße, Millionen Menschen leiden unter der Verdienstlosigkeit mit ihren Angehörigen bitterer Not. Diesem Massenelend gegenüber hat die Allgemeinheit die Pflicht, helfend einzugreifen. Die Erhöhung der Unterstützung und die Wiedereinführung einer bestimmten Kurzarbeiterfürsorge wurde daher neben der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei immer dringender verlangt.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm unter Ablehnung weitergehender Anträge einen Antrag auf Erhöhung der Hauptunterstützung um 30 Proz. und Gewährung einmaliger Beihilfen an langfristige Erwerbslose an. Die Luther-Regierung ließ im Haushaltsauschuß erklären, daß diese Beihilfen für sie unerträglich seien. Die von dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns abgegebene Erklärung bezog sich auf folgende Punkte:

1. Das Kabinett hält fest an seiner Auffassung, daß die Höhe für die Hauptunterstützung um 20 Proz., die Familienzuschläge um 10 Proz., die Spitzenzuschläge um 10 Proz. erhöht werden.
2. Als einmalige Hilfe an Ausgesteuerte und an nicht-versicherungspflichtige Angestellte werden der Wohlfahrtspflege 5 Millionen Mark überwiesen.
3. Der Reichsarbeitsminister wird auf dem Verwaltungswege eine bessere Ersingung der Landarbeiter vereinbaren.
4. Das Reichsarbeitsministerium wird schnellstens eine Vorlage machen, durch die die Angefallenen in die Erwerbslosenfürsorge mit einbezogen werden.

Wir erleben darauf einen schmachvollen Anfall der bürgerlichen Parteien, die nun auf einmal sämtlich sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen und sich dem Diktat des Herrn Dr. Luther fügen. Auf der scharfe Protest der Arbeitervertreter gegen die unzulänglichen Höhe und gegen die Verweigerung der Ausgesteuerten auf die Hilfe der Armenpflege fruchteten nichts. Die Regierungspunkte gelangten zur Annahme. Es zeigte sich wieder einmal das alte Bild, daß für die Opfer untrutz, „wunderbaren“ Wirtschaftsordnung kein Geld in genügendem Maße vorhanden ist. Dieses Bild wirkt diesmal um so aufreuzender, als man den Industriefällen und Agrariern durch die Zollgesetzgebung erst kurz vorher große Gewinne aufzuwachte und daß offenbar für Abfindungen abgedankter Fürsten noch Millionenbeträge aufgebracht werden können.

Der Reichsarbeitsminister hat auf Grund der Beschlüsse dann unterm 17. Dezember eine „Anordnung über eine vorübergehende Erhöhung der Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge“ erlassen, die zum Ausdruck bringt, daß die Erhöhung für die Zeit vom 14. Dezember 1925 bis 1. Mai 1926 gelten soll. Die „vorübergehende“ Erhöhung und die Zeitbegrenzung deuten darauf hin, daß die Luther-Regierung sich große Wirkungen von ihren neu geplanten Maßnahmen zur Förderung des Preisabbaues verspricht.

Am 14. Dezember 1925 betragen die Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung wochentäglich in Reichspfennigen:

im Wirtschaftsgebiet I (Osten)				
Druckklasse	für Personen		für Familienangehörige	Zusätzlicher Höchstbetrag
	über 21 Jahre	unter 21 Jahre		
A	138	83	48	33
B	120	78	45	31
C	120	78	42	29
D und E	110	63	30	27
im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)				
A	162	98	55	39
B	162	92	52	37
C	142	86	49	35
D und E	132	80	46	33
im Wirtschaftsgebiet III (Westen)				
A	174	105	60	42
B	163	98	56	40
C	152	91	52	38
D und E	141	84	48	36

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Hauptunterstützung nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterhaltungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweifache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für eine Person zufließt. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Sind Pfennigbeträge auszusahlen, die nicht durch fünf teilbar sind, so können sie auf den nächsthöheren, durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet werden.

Die in der letzten Zifferreihe angegebenen Beträge sind die Höchsthöhe, die ein Erwerbsloser einschließlich der Familienzuschläge erhalten darf. Im Wirtschaftsgebiet Mitte erhält ein Lediger über 21 Jahre in Ostklasse A nunmehr statt bisher wöchentlich 8,10 M. jetzt die horrend Summe von 9,75 M., ein Verheirateter mit einem Kind jetzt 15,40 M., mit zwei Kindern 17,70 M., mit drei Kindern 20,05 M. und mit vier Kindern 21,60 M. Da mit letzterer Summe der zulässige Höchstbetrag erreicht ist, erhalten Erwerbslose mit fünf und mehr Kindern keine höhere Unterstützung, was leider wieder einen bedauerlichen Mangel auf dieser Reform darstellt.

Korrespondenzen

A. P. Berlin. In den beiden Riesensälen der „Neuen Welt“ feierte die Berliner Kollegenchaft am 5. Dezember ihr 63. Stiftungsfest. Das diesjährige Programm hatte die Vergnügungskommission so gestaltet, daß es abwechselnd in jedem Saal daselbst bot. Und die Festteilnehmer kamen diesmal wirklich auf ihre Kosten. Wenn auch bei dem vorzüglichen, vom Minnie-Orchester ausgeführten Konzertteil durch den fortwährenden Zutrom der Kollegen noch nicht die notwendige Ruhe im Saal herrschte, so fanden aber die übrigen Darbietungen um so größere Aufmerksamkeit und Beifall. Mit einem summevollen, gefühlvollen Festspruch des Kollegen Artur Behold, vom Kollegen Eugen Rohmann würdevoll vorgetragen, wurde der ernste Teil des Abends eingeleitet. Und als am Schluß dieses Festspuches die Mahnung zu Einigkeit erscholl, und im Hintergrund der stimmungsvoll geschmückten Bühne die Heroen der Arbeiterkämpfe, Lassalle, Liebknecht und Bebel, erschienen, da erhob sich die Menge und stimmte in ein brausendes Hoch auf den Verband ein. Nachdem sang die „Typographia“: „Der junge Barbe“, worauf im großen Saal Kollege Braun und im kleinen Saal Kollege Albrecht die Festrede hielten. Unter dem alten Buchdruckerbanner von 1848, umgeben von den Fahnen Schwarz-rot-gold und Rot gaben die Redner einen historischen Rückblick auf das „historische Verhältnis zwischen Printern und Schriftsetzern“ in damaliger Zeit, das aber bald in die Brüche gehen mußte und heute zum Klassenkampf geführt hat. Mit einem abermaligen Hoch auf die Organisation schlossen die Redner ihre eindrucksvollen Ausführungen. Wie immer in musterwürdiger Weise brachte die „Typographia“ noch „Do Pingara“ und „Eiserhülle“, letzteres wiederholt, zu Gehör. Hierauf folgte der bunte Teil des Programms. Unser „Berliner Akt-Zirkel“, das mit diesem Stiftungsfest sein 30jähriges Bestehen feierte, trat wieder mit völlig neuen und zeitgemäßen Vorträgen auf, wobei auch das „neue Verbandshaus“ in humorvoller Weise besungen wurde. Politische Gruppen, gestellt vom Arbeiterportierverein „Südbwest“, mit einem vom Kollegen E. Rohmann vorgetragenen, die einzelnen Gruppen erlauternden Gedicht, wechselten ab mit Vorträgen der „Freien Turnerchaft“. Alle Darbietungen fanden allseitige Anerkennung und großen Beifall. Zwei völlig in diesen Rahmen passende Chorklieder, von den Kollegen Artur Behold und Alfred Freitag verfaßt, erprobten die Stimmung noch ganz erheblich. Den Wanzpunkt des heiteren Teiles bildete aber zweifellos die vom Kollegen Alfred Freitag verfaßte Revue „Kummel des Lebens“. Durch die zu jedem Stiftungsfest bisher aufgeführten Revuen ist die Berliner Kollegenchaft in dieser Hinsicht schon etwas vermöhnt. Dennoch muß anerkannt werden, daß Kollege Freitag diesmal dem Geschnap der Kollegenchaft voll auf Rechnung getragen hat. Politisch-satirisch rollte sich hier ein Bild ab, das verdienen — wenn die Raumverhältnisse es nicht verbieten würden — ausführlicher gewürdigt zu werden. Der große Beifall bewies auch, daß die Revue allgemein gefallen hat. Hierauf folgte die „Urdiktas“ ein, die von den „Original-Freyer-Sängern“ bestritten wurde. Leider kamen infolge der vorgeschrittenen Stimmung diese Darbietungen nicht mehr zur vollen Geltung. Die zur Ausgabe gelangte Festschrift „Die ideale Type“, mit Titelsegung vom Kollegen Speizer, enthält sehr gute, dem Milieu des Abends angepaßte Artikel, Gedächtnisse und Notizen von bekannten Berliner Kollegen. Die künstlerisch ausgeführte Eintrittskarte (Entwurf des Kollegen Franke) wurde von der Druckerei J. S. Hermann ausgeführt, während die Festschrift in Webers Buch- und Kunstdruckerei hergestellt wurde. Allen Kollegen und Mitwirkenden, den Dichtern wie den Vortragenden, die zu dem guten Gelingen dieses Stiftungsfestes beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle nochmals der Dank der Kollegenchaft ausgesprochen. Möge dieses so gut verkaufte Stiftungsfest dazu beitragen, die Bande der Kollegialität fester zu schließen, damit zur Wahrheit wird, was Kollege Artur Behold am Schluß seines Festspruches sagte: „Marchiert einig, marschiert geschlossen vorwärts! Dann müssen eure Feinde weichen, denn ihr seid siegreich durch vereinte Kraft und werdet trotziger euer Ziel erreichen!“

Köln a. Rh. Der Monat November brachte uns innerhalb von acht Tagen zwei Bezirksversammlungen, die erste am 14. November, die zweite am 21. November. In der am 14. abgehaltenen Versammlung konnten nur die ersten vier Punkte der Tagesordnung erledigt werden, die Versammlung am 21. November befaßte sich mit den restlichen Punkten. Beide Versammlungen erfreuten sich eines guten Besuches. Nachdem der Vorsitzende Janßen die Ergebenheiten begrüßt, zweier verstorbener Kollegen mit ehrenden Worten gedacht und der geschäftliche Teil sowie Aufnahmen und Ausschüsse erfolgt war, wurde der Kassenbericht vom dritten Vierteljahr, der gedruckt vorlag, genehmigt und dem Verwalter Entlastung erteilt. Hierauf folgte ein Bericht des Bezirksvorsitzenden über die Bezirksvorsteherkonferenz, der fast anderthalb Stunden in Anspruch nahm und über den sich eine ausgedehnte Debatte entspann, so daß keine Möglichkeit bestand, die gesamte Tagesordnung abzuwickeln. Die Versammlung am 21. November befaßte sich hauptsächlich mit dem Punkte: „Freizügigkeit, Konditionswechsel und Abrechnung“. Grund zu diesem Punkte hatte ein Zirkular des Kreises II des DVB, gegeben, der ja, wie seither gewohnt, was Schatzmacherei anbetrifft, nie zurücksteht. Nachdem der Vorstand zunächst die Absichten der Prinzipale nach den sogenannten Richtlinien erläutert hatte, setzte eine äußerst lebhaft ausgeprägte, in welcher das Verhalten der Prinzipale gründlich beleuchtet wurde. Die Aussprache fand ihren Niederschlag in folgender, einstimmig angenommenen Entschließung: „Die am 21. November im Volkshaus zu Köln stattgefundene Versammlung des Bezirksvereins Köln im Verbands der Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Vereins Deutscher Zeitungsetzler, wonach das Wegengagieren von technischem Personal verboten werden soll und den Prinzipalen zur Pflicht gemacht wird, Lohnzulagen zu unterlassen. Die Gesellschaft ist nicht gewillt, sich diesen organisatorisch diktierten Richtlinien zu unterwerfen. Sie ist fest entschlossen, sich gegebenenfalls gegen die Unterbindung der Freizügigkeit als auch gegen die Lohnabbauende mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.“ Unter „Verschiedenem“ wurden noch einige interie Angelegenheiten besprochen.

Lübeck. (M. A. Schinckler.) Am 21. und 22. November beging der Klub die Feier seines 25 jährigen Bestehens. Der Festkommerz mit Damen am Sonnabend in der „Stadtbalde“ wurde eingeleitet durch einige Musikstücke des Wagner-Orchesters. Vorherrschender Teil in die alle Anwesenden herzlich willkommen und danke für das zahlreiche Erscheinen. Ein eindrucksvoll gesprochenes, vom Kollegen D. Burmeister verfaßter Festgruß gab dem Feste die rechte Weihe. Der Abend wurde noch besonders verschönt durch die Mitwirkung der „Graphischen Liebertafel“, die unter Leitung ihres Chormeisters, Herrn Haushild, einige Gesangsstücke ausgeführt zu Gehör brachte. Gemeinam gesungene Kommissieder und humoristische Vorträge trugen zum guten Gelingen des ersten Abends der Veranstaltung bei. Am Sonntag fand morgens 9 1/2 Uhr eine Versammlung der Maschinensehervereinerung Mecklenburg-Lübeck statt. Eröffnet wurde diese mit dem Lied „Gebt Raum!“, vorgetragen von der „Graphischen Liebertafel“. Die Anwesenden wurden vom Kollegen T. E. J. herzlich willkommen geheißen, insbesondere Herr Vieler, Vertreter der Mergenthaler Selmachmaschinenfabrik, Kollege Kreischer, Vorsitzender der Zentralkommission, Gauvorsteher Dahnde, die auswärtigen Kollegen und der Vorstand der Maschinensehervereinerung Mecklenburg-Lübeck. Nunmehr ging die Ehrung der beiden anwesenden Jubilare, der Kollegen Becker und Kees, vor sich, die den Verein mit gründeten, und denen ein sinniges Geschenk überreicht wurde. Kollege Kretschmer erhielt hierauf das Wort zu seinem Festvortrag, welchem er das Thema: „Die Entstehung der Selmachmaschinen und die Entwicklung der Sparte“ zugrunde legte. Seine sehr interessanten Ausführungen schloß der Redner mit einem Hoch auf den Lübecker Maschinenseherklub, das freudigen Widerhall fand. Sodann überbrachten Glückwünsche den Jubilaren und dem Jubilareverein Kollege Zimmermann für die Hamburger Kollegen, Kollege Daniels für die Maschinensehervereinerung Mecklenburg-Lübeck unter gleichzeitiger Überreichung einer Tischglocke, gestiftet von der Ortsgruppe Schwerin. Kollege Weicker (Rostock) überbrachte unter Glückwünschen einen Sumpfen. Gauvorsteher Dahnde übermittelte die Glückwünsche des Gaues Mecklenburg-Lübeck und der Ortsvereinsvorsitzende des Lübecker Buchdruckervereins, D. Burmeister, diejenigen des genannten Vereins unter Überreichung eines Geschenkes. Dann überbrachten noch Glückwünsche verschiedene auswärtige Vertreter, die Sparte der Lübecker Drucker und die Ortsgruppe Lübeck des Bildungsverbandes. Glückwünsche in telegraphischer und brieflicher Form waren eingegangen vom Kollegen Kunkler (Hamburg), von den Maschinensehervereinerungen aus Bayern, Brandenburg, Danzig, Dresden, Erzgebirge-Bogtland, Frankfurt-Hessen, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Oberheinische Maschinensehervereinerung (Sitz Freiburg), Ostpreußen (Sitz Königsberg), Gau An der Saale, der Schweiz, dem Klub der Zeitungs- und Maschinenseher Schmöns, von dem Kollegen Müller nebst vier Kollegen (Weschnim) und dem Bibliotheksdirektor Dr. Niech (Lübeck). Die erhebende Feier wurde beschlossen mit dem Gesangsvortrag „Krönt den Tag“. Hierauf fand eine gemeinam Mittagstafel statt, an der 80 Personen teilnahmen. Eine Besichtigung der Lübecker Sehnswürdigkeiten schloß sich an. Mitterweile war die Zeit des Beginnes des Festballes herangerückt und es füllte sich nach und nach der Weiße Saal der „Stadtbalde“. Eine leibliche Festschrift wurde allen Teilnehmern überreicht. Gar zu schnell kam die Abschiedsstunde.

Anzeigengebühren: die nebengefaltene Zeile 20 Pfennige für die Vereine, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 10 Pfennige. Rabatt wird auf diese Preise nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korr.“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 26830

Eine Gemeinschaft von Freunden des guten Buches, die bei geringen Mitgliedsbeiträgen erstklassige Werke in vorzüglicher Ausstattung an ihre Leser abgibt, ist die

Büchergilde Gutenberg

Das Eintrittsgeld beträgt 75 Pf., der monatliche Beitrag 1 Mark. Werbematerial sendet auf Verlangen zu die Büchergilde Gutenberg, Leipzig, Salomonstraße 8

Lieboldtsche Begräbnis-Kasse für Buchdrucker und deren Ehefrauen

(Neu ausgebaut am 1. Oktober 1924).
Sonntag, den 10. Januar, vormittags 9.30 Uhr, im „Volkshaus“ zu Leipzig, Jäger Straße:

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht des Kassierers über das erste abgelaufene Geschäftsjahr; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Festsetzung der Entschädigung des Vorstandes; 4. Antrag des Vorstandes, die in der Generalversammlung vom 21. August 1924 festgelegten Beschlüsse, Abänderungen der Satzungen betreffend, sind auf ein weiteres Jahr zu verlängern; 5. Erledigung etwaiger Anträge; 6. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Brandenburgischer Maschinenfegerverein

Sonntag, den 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Saal I), Engländer 24-25:

Vertrauensmänner-Verammlung

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Zur Ausgabe an die Mitglieder gelangt der Jahresbericht des Vorstandes für 1925. Alle Betriebs- müssen vertreten sein.
Der Vorstand.

Leipziger Maschinenfegervereinigung

Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“, Jäger Straße:

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsbericht; 2. Jahresbericht; 3. Kassensbericht; 4. Entlohnung des Vorstandes; 5. Entschädigung; 6. Anträge; 7. Neuwahl; 8. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Angeichts der für das Veranschaulichen wichtiger Versammlung erwarten wir vollständigen Besuch. Der Vorstand.

Verein der Stereotypen u. Galvanoplastiker Berlin und Umgegend

Sonntag, 17. Januar, im „Dresdner Kasino“, Dresdner Str. 60:

Dresdner Generalversammlung

Tagesordnung: 1. a) Bericht des Vorstandes, b) des Kassierers; 2. Wahl des Vorstandes; 3. Wahl der Stellvertreter; 4. Wahl der technischen Kommission; 5. Wahl der Vergütungskommission; 6. Mitteilungen und Verschiedenes.

Zur Beachtung! Die Stimmzettel zur Vorstandswahl sind bei Betriebsweise im Verkehrslokal abzuholen. Die Auszählung der Stimmzettel erfolgt durch eine Kommission in der Generalversammlung. Die Referanten werden aufgefordert, ihre Rede zu verkürzen, da sonst in der Generalversammlung Rücksicht erfolgt. Die wichtige Tagesordnung erfordert das pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
Der Vorstand.

Züchtiger Monotypsetzer

süßert Mithig, gut. Maschinenkennner, mit langjähriger Praxis, wird in Dauerstellung nach Leipzig gesucht. Angebote mit Angabe über bisherige Tätigkeit und Lohnansprüche unter Nr. 12 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstraße 6.

Monotypsetzer

junger, in größerer Druckerlei tätig, sucht angenehme Dauerstellung. Off. Angebote unter Nr. 6 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstraße 6.

Inferaten- und Alzidenfeger

junger, in größerer Druckerlei tätig, sucht angenehme Dauerstellung. Off. Angebote unter Nr. 6 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstraße 6.

Schriftfeger

für Werk, Akzidenz und Inferate, jung u. strebsam, sucht Stellung. Egal wohn. Angebote unter Nr. 17 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstraße 6.

Junger Setzer

sucht sofort Dauerstellung. Egal wohn. Angebote unter Nr. 11, 10 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstraße 6, erbeten.

Junger erster Alzidenfeger

perfekt im Entwerfen und Schneiden moderner Druckmaschinen, im Schriftschreiben und Bleischnitt besonders, sucht Stellung in moderner Druckerei, wo ihm Gelegenheit zu selbständiger Betätigung geboten ist, oder aber die Möglichkeit zu entschiedener Fortbildung besteht. Norddeutschland bevorzugt, aber nicht Bedingung. Druckmuster und Skizzen stehen zur Verfügung. Angebote unter Nr. 19 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstr. 6.

Betriebsleiter-Obermaschinenmeister

verheiratet, mit reichem Wissen und Können aus 20jähriger leitender Praxis. Fleißiger Disponent. Buzelt einer angesehenen Buch-, Stein- u. Offsetdruckerei Mitteldeutschlands mit 60 Mann Belegschaft vorstehend, wünscht sich zu verändern. Eintritt nach Belieben. Angeb. erbeten unter Nr. 8 an die Geschäftsstelle d. „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstr. 6.

Schweizerdegen

24 Jahre alt, ledig, firm in Akzidenz und Zeitung, wünscht sich zu verändern. Egal wohn. Werte Zuschriften erbetet Bruno Kammacher, Trepfen (Vogelst), Talstraße 7.

Schweizerdegen

21 Jahre alt, sucht sofort Stellung. Hamburg oder Umgebung bevorzugt. Angebote an d. Geschäftsstelle, Hamburg 30, Alsterstraße 23, bei Engelrecht.

Glückliches Neues Jahr

Allen unseren Brudervereinen im Reiche ein
mit dem Gelübnis, vereint der Korrektorenseite auch im kommenden Jahr zu dienen!
Leipziger Korrektorenverein

ein erpreisliches und glückliches 1926

Kreis Hannover der Drucker
Verein Hannoverischer Drucker

zum Jahreswechsel

entboten wir allen Kollegen und Brudervereinen die herzlichsten Glückwünsche
Verein Leipziger Stereotypen- und Galvanoplastiker

Anlässlich der Jahrestwende

danke den Förderern unserer Sache und entbietet allen Kollegen und Ortsgruppen

Beste Wünsche für das Jahr 1926

mit der Bitte, auch weiterhin unsere Bestrebungen unterstützen zu wollen. [15]

Handfeger-Vereinigung München

Die besten Wünsche zum Jahreswechsel

sendet allen Brudervereinen und Mitarbeitern
Der Berliner Stereotypen-Verein

Herzlichen Glückwunsch

allen Funktionären, Mitarbeitern und Kollegen
Zentralkommission der Drucker im Verbands der Deutschen Buchdrucker

Enzyklopedist

mit lang. Praxis für A-Maschine gesucht. Angebote mit Zeugnissen u. Lohnansprüchen. Städt. a. Lohde, Gelfenstrichen.

Junger Drucker

stern an Schnellpresse u. Flegel, Kenntnisse an Vogelt, Rotation und in Flach- und Rundstereotypie, sucht Stellung. Angebote unter Nr. 20 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreilindstr. 6, erbeten.

Stichel für Blei, Holz, Linoleum und Farben

Zeichenmaterial
Werkzeuge f. Drucker
Verlag d. Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8, III

Wiesbaden

Wer erlittet Unterleht in Kalkulation zur Vorbereitung auf die
Meisterprüfung
und wer würde sich es hieran beteiligen? Ang. unt. R. R. 71 hauptpostlageramt Wiesbaden.

Buchdrucker-Maschinen Metall-Rollergummi

Korrigierfedern
in sechs verschiedenen Größen.
Werkzeugkasten
Werkf. f. Maschinenmstr. und Setzer empf. i. best. Dual. Koll. Max Voligt, Leipzig G8811, Papiermühlstr. 6 II. Preisl. lt.

Linoleum- u. Schneiden

Werkzeuge für Setzer
Berlag d. Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8, III

Am 25. Dezember verstarb

unser lieber Kollege, der Setzer
B. C. J. Denter
aus Marne, im 60. Lebensjahre; am 27. Dezember unter lieber Kollege, der Setzer

Abbas Wiers

aus Hamburg, im Alter von 53 Jahren. [7] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Am 22. Dezember verstarb

nach langem und schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinensetzer
[11]

Alfred Neumann

im Alter von 44 Jahren. Sein ruhiges und kollegiales Wesen sichert ihm ein ehrendes Andenken.
Maschinensetzer-Vereinigung
Gau Nr. der Saale
Bezirk Magdeburg.

Am 13. Dezember verstarb

nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Gehilfenmeister
Hermann Schulz
aus Wülsthausen an der Bode, im Alter von 61 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Seiner Verein
Neuruppin.

Am 14. Dezember verstarb

unser lieber Kollege, der Maschinensetzer
Otto Herzau
im beinahe vollendeten 61. Lebensjahre. Der Verstorbene war in weitem Maße ein fleißiger Förderer unserer Bestrebungen.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer Maschinenfegerverein.

Kleine Verbandsgeschichte

Kleines Verbandslexikon

Offizieller Titel: Der Verband der Deutschen Buchdrucker Gewerkschaftliche Skizzen über die Zeit von 1865 bis 1925

Der Preis beträgt einschließlich Porto 1.20 Mark. Zu beziehen durch den Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8, Mittelgebäude, Postfachkonto Leipzig Nr. 63430

Verlags-Verbandsverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 8. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schaeffer, Berlin SW 61, Dreilindstraße 8. Anzeigenannahme: Berlin SW 61, Dreilindstraße 8. Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Hofenstraße 3141 bis 3145. Druck: Buchdruckverlag, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 8.